



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

DPoIG – Info (DI)

Nr. 3

13. Februar 2017

Ein Service der Deutschen Polizeigewerkschaft
im DBB (DPoIG), Landesverband Hessen

Herausgeber:

Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB
Landesverband Hessen e.V.
Otto-Hesse-Str.19/T 3, 64293 Darmstadt
Tel.: (06151) 2794500
Fax: (06151) 2794502
Homepage: www.dpolghessen.de
eMail: kontakt@dpolghessen.de

**DPoIG – so gut kann Gewerkschaft sein!
DPoIG – wir sind die Blauen!**

Verantwortlich

Roland Metz
Landesredakteur
Tel. 06151 / 2 79 45 00
Fax 06151 / 2 79 45 02
eMail: metz@dpolghessen.de

**DPoIG – tut was zu tun ist und noch mehr!
Weiter vorn mit der DPoIG!**

In dieser Ausgabe lesen Sie:

- 1.1 – dbb Hessen fordert Teilhabe an der guten Haushaltslage des Landes ****
- 1.2 Kundgebung des dbb Hessen am 1. März 2017 in Wiesbaden ****
- 1.3 – Nancy Faeser (SPD):
Schwarz-Grün fehlt es an Wertschätzung gegenüber der Polizei ****
- 1.4 – Sachstand Besoldung / Klage ****
- 1.5 – Symposium: Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes ****

1.1 - dbb Hessen fordert Teilhabe an der guten Haushaltslage des Landes

„Wenn noch eine weitere Erklärung dafür gesucht worden wäre, warum der dbb Hessen eine Verfassungsklage gegen das Land Hessen eingereicht hat, dann hat der Finanzminister diese Erklärung mit den Haushaltsdaten des vergangenen Jahres überzeugend geliefert“, so Heini Schmitt, der Landesvorsitzende von dbb Hessen beamtenbund und tarifunion nach der Vorlage des Zahlenwerks.

Der dbb Hessen stelle fest, dass es für die Landesregierung ein Leichtes gewesen wäre, auch die hessischen Beamten an der allgemeinen Einkommensentwicklung in 2015 und 2016 teilhaben zu lassen, um den verfassungsrechtlichen Vorgaben zu genügen. Die Landesregierung habe jedoch die politische Setzung zur Beamtenbesoldung im Koalitionsvertrag zu Beginn der Legislaturperiode bis zum heutigen Tage stur abgearbeitet. Dabei habe sie die der Entwicklung der Haushaltsdaten völlig außer Acht gelassen. Damit habe man sogar einen Verfassungsbruch in Kauf genommen. Dies sei in der Tat „historisch“, um im Jargon des Finanzministers zu bleiben.

„Mit den jetzt vorgelegten Zahlen des Finanzministers wird eindeutig bewiesen, dass die zweimalige Minusrunde, welche die Landesregierung den Beamten verpasst hat, reine Ideologie war“, so Heini Schmitt, „denn dass so viel Geld da war, um zweimal in Folge Mehrausgaben in Milliardenhöhe zu beschließen, steht nunmehr unumstößlich fest.“ Die von der Landesregierung postulierte Aussage, dass die Beamten durch Lohnverzicht an der Konsolidierung des Landeshaushalts mitwirken müssten, sei durch diesen „Kassenbericht“ völlig ad absurdum geführt.

Der dbb Hessen begrüße die positive Entwicklung des Landeshaushalts, die sicher nicht nur dem Zufall geschuldet ist, sondern zumindest zum Teil auf politisches Handeln zurückgehe. Aber gerade deshalb sei die Empörung über den Umgang mit den Beamten umso größer.

„Der dbb Hessen fordert die Teilhabe der Beamten an der guten Kassenentwicklung“, so Schmitt.

„In 2015 fand in Hessen keine Bezügeanpassung statt. Im Gegenteil wurde den Beamten eine Beihilfekürzung aufgebürdet. Die Bezügeerhöhung um 0,5 Prozent in 2016 hat noch nicht einmal die zuletzt deutlich gestiegene Inflationsrate ausgeglichen.“

Quelle: Pressemitteilung 03/2017 vom 01.02.2017 des dbb Hessen

1.2 - Kundgebung des dbb Hessen am 1.März 2017 in Wiesbaden

Treffpunkt ist am
1. März 2017, um 10:00 Uhr,
in Wiesbaden
auf dem Kochbrunnenplatz



Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

im Rahmen der Tarifrunde 2017 findet am 2. und 3. März die nächste Verhandlungsrunde zum TV-H statt.

Um den Druck auf die Arbeitgeberseite zu erhöhen, werden wir (dbb tarifunion und dbb Hessen) am **1. März eine Protestveranstaltung/Kundgebung mit Aufruf zum Warnstreik auf dem Kochbrunnenplatz in Wiesbaden** (Nähe Staatskanzlei) durchführen.

Nach derzeitiger Planung sollten sich die Teilnehmer bis spätestens 10:30 h vor Ort einfinden und gg. 11:30 h die Redner mit ihren Vorträgen beginnen.

Alle weiteren Informationen folgen detaillierter in den nächsten Tagen.

Bitte werben Sie schon jetzt in den Reihen ihrer Funktionsträger und Mitglieder für die Teilnahme an dieser wichtigen Veranstaltung. Werben Sie bitte auch unter unseren Beamten dafür, sich solidarisch an der Veranstaltung zu beteiligen. Denn das, was im TV-H erstritten wird, kommt als Forderungspaket (zusätzlich zu dem noch offenen „Nachholbedarf“) für die Beamten auf die Tagesordnung.

Die Warnstreikfreigabe bis zum 2. März ist bereits erteilt.

Nur vorsorglich weisen wir noch einmal darauf hin, dass für Beamte nach wie vor das Streikverbot gilt.

ver.di hatte am 8. Februar 2017 Aktionen durchgeführt. Diesen Termin hielten wir nicht für besonders glücklich, weil er in zu großem zeitlichen Abstand zur Verhandlungsrunde am 2./3. März in Dietzenbach steht.

Es ist wichtig, dass wir möglichst viele Kolleginnen und Kollegen für die Protestveranstaltung/Kundgebung am 1. März 2017 mobilisieren.

Zur Unterstützung und Untermauerung unserer Forderungen rufen wir alle Beschäftigten im Landesdienst Hessen (TV-H) zur Teilnahme an der Protestveranstaltung/Kundgebung des dbb Hessen auf!

Mit freundlichen Grüßen

Heini Schmitt
Landesvorsitzender

1.3 - Nancy Faeser (SPD): Schwarz-Grün fehlt es an Wertschätzung gegenüber der Polizei



Nancy Faeser
Innenpolitische Sprecherin
SPD-Landtagsfraktion

Der Hessische Landtag hat heute auf Antrag der SPD darüber debattiert, was nötig ist, um die Polizei im Land besser auszustatten und wieder zu motivieren. Dabei kritisierte die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Nancy Faeser, dass die CDU-geführten Landesregierungen das Fundament der hessischen Polizei als Garant für die Öffentliche Sicherheit grob vernachlässigt hätten.

Anlass für die Kritik der SPD-Innenpolitikexpertin war ein Bericht des Hessischen Rundfunks (hr) über den Brandbrief eines Polizeibeamten aus Mittelhessen an Innenminister Peter Beuth (CDU).

Faeser sagte dazu: „Die Öffentliche Sicherheit ist ein sehr hohes Gut. Die Bürgerinnen und Bürger sind tief verunsichert, nicht nur wegen der Gefahr terroristischer Anschläge, sondern auch weil die Alltagskriminalität – zum Beispiel Diebstähle oder Wohnungseinbrüche – das subjektive Sicherheitsgefühl beeinträchtigt. Die Bürgerinnen und Bürger haben aber das Recht, unabhängig von ihrer persönlichen Situation und ihren finanziellen Verhältnissen umfassend vor Kriminalität geschützt zu werden.“

Die SPD-Innenpolitikexpertin dankte der hessischen Polizei ausdrücklich für deren engagierten Dienst, auch unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen. Die Arbeit der Beamtinnen und Beamten gehe deutlich über die reine Pflichterfüllung hinaus und diene der Sicherheit und damit auch der Demokratie in unserem Land.

Allerdings sei der Dienst am Limit und darüber hinaus inzwischen zu einem Dauerzustand bei der hessischen Polizei geworden, so Nancy Faeser. Sie sagte: „Unter den Beamtinnen und Beamten, die Tag für Tag unsere Sicherheit garantieren, herrscht mittlerweile eine extreme Unzufriedenheit. Die demotivierenden und demoralisierenden Bedingungen, unter denen die Polizei in Hessen arbeiten muss, sind das Ergebnis von Desinteresse und Gleichgültigkeit der diversen CDU-geführten Landesregierungen und der CDU-Innenminister, die seit 1999 im Amt waren. Und dabei reden wir vor allem von den Versäumnissen aus der Ära Volker Bouffier, der immerhin elf Jahre lang Innenminister gewesen ist.“

Die SPD-Fachfrau wies darauf hin, dass auch die Polizeigewerkschaften beklagten, die Polizei in Hessen werde von der aktuellen schwarz-grünen Landesregierung im Stich gelassen, die keine politische Vertretung der Polizeibeamtinnen und –beamten mehr biete. Mehr als drei Millionen Überstunden und ein durchschnittlicher Krankenstand von 30 Tagen im Jahr sprächen Bände über Frust und Unzufriedenheit, so Faeser.

Bis 2006 – in der Verantwortung von Volker Bouffier als Innenminister – habe die schon damals CDU-geführte Landesregierung die Zahl der Polizeianwärter fahrlässig verkleinert

und damit faktisch Stellen abgebaut, sagte Nancy Faeser. Bis 2009 seien 720 Vollzugsstellen und 600 Stellen im Tarifbereich gestrichen worden. Der Personalabbau habe die ohnehin vorhandene Belastung der Polizistinnen und Polizisten verstärkt, die mit 42 Dienststunden in der Woche – ebenfalls vom damaligen Innenminister Bouffier initiiert – zudem die längste Arbeitszeit in Deutschland hätten. Darüber hinaus habe das Land die Beihilfe im Krankheitsfall, das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld gekürzt oder gestrichen. „Das war Ihre ganz persönliche ‚Operation Düstere Zukunft‘ im Jahr 2004, Herr Bouffier“, sagte Faeser.

Die SPD-Expertin kritisierte in diesem Zusammenhang erneut auch die Besoldungspolitik des Landes. Es sei nicht verwunderlich, dass bei der Polizei der Unmut wachse, nachdem die Beamten 2015 zu einer Nullrunde verdonnert und in den Jahren danach von der allgemeinen Gehaltsentwicklung abgekoppelt worden seien. „Wer diejenigen, die den Kopf für unsere Sicherheit hinhalten, mit Minierhöhungen abspeist, muss sich nicht wundern, wenn die Moral leidet. Das muss aufhören, die Landesregierung muss unsere Polizeibeamtinnen und –beamten endlich anständig behandeln. Denn unsere Polizei verdient den Respekt der Politik“, so Nancy Faeser.

Quelle: Pressemitteilung der SPD Hessen vom 25.01.2017

1.4 - Sachstand Besoldung / Klage

Am 12.1.2017 wurden durch den von uns beauftragten Prof. (em.) Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis drei Klagen gegen die hessische Beamtenbesoldung bei den Verwaltungsgerichten in Wiesbaden, Frankfurt und Darmstadt eingereicht.

Damit können wir eine erste, sehr arbeitsintensive und anspruchsvolle Phase in unserem Bemühen, eine gerechte Beamtenbesoldung in Hessen zu erkämpfen, als abgeschlossen betrachten. Die Vorarbeiten sind erledigt.

Dieser Schritt war notwendig und er wurde nur möglich mit einem eindeutigen Votum des Gewerkschaftstages vom 24.11.2015 in Kleinlinden.

Mit den Klagen wird beantragt, festzustellen, dass die Besoldung der jeweiligen Kläger nicht amtsangemessen ist.

In der Klageschrift kommt Prof. Dr. Dr. Battis zu dem Ergebnis, dass sich die derzeitige hessische Besoldung in mehrfacher Hinsicht als verfassungswidrig erweise.

Mit der Einreichung der Klagen haben wir unter Beweis gestellt, dass der dbb Hessen – entgegen der wiederholten Behauptungen von gewerkschaftlichen Mitbewerbern – kein Dachverband ist, der in die Kategorie der „Ankündigungsweltmeister“ gehört.

Vielmehr haben wir 1:1 das umgesetzt, was wir angekündigt haben. Damit erweisen wir uns einmal mehr als verlässlichen Partner für die Vertretung der Interessen der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in Hessen.

Das gilt auch vor dem Hintergrund, dass diese Phase erheblich mehr Zeit in Anspruch genommen hat, als uns lieb war. Die erhebliche Verzögerung ist deshalb eingetreten, weil lange Zeit unklar blieb, ob und wann es ein neues Besoldungsgesetz in Hessen geben wird und darüber hinaus, weil nicht klar war, welchen Regelungsgehalt ein neues Besoldungsgesetz eventuell haben wird.

In ständiger Beratung und Erörterung der jeweils aktuell vorliegenden Entwicklung zwischen Prof. Dr. Dr. Battis und der Landesleitung des dbb Hessen haben wir uns aber jeweils einvernehmlich darauf verständigt, „Sorgfalt vor Eile“ walten zu lassen.

Jetzt haben wir abzuwarten, wie die Gerichte entscheiden werden.

Quelle: dbb Hessen Nachrichten, Ausgabe 01/2017 vom 30.01.2017

**23. Mai 2017, um 09:30 Uhr,
in Frankfurt am Main
Saalbau Gallus**

Am 23. Mai 2017 werden wir in Frankfurt, im Saalbau Gallus, ein Symposium zum Thema „Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes“ durchführen. Mit betroffenen Kolleginnen und Kollegen sowie Vertretern aus den Bereichen der Behörden- und Dienststellenleitungen, der Strafverfolgungsbehörden, der Justiz, der Politik, der Medien und Verbände wollen wir weiter nach Lösungen zur Bekämpfung dieses Phänomens suchen.

Quelle: dbb Hessen Nachrichten, Ausgabe 01/2017 vom 30.01.2017

**DPoIG – tut was zu tun ist und noch viel mehr
Verstehen * Lösen * Handeln = DPoIG!
DPoIG – wir sind die Blauen!**

Besuchen Sie unsere Homepage: www.dpolghessen.de

Serviceleistungen für unsere Mitglieder und für die Polizei

Pkw riesig unter Listenpreis! Mobiltelefone unschlagbar günstig!



Sondertarife Ö. D.

von der DPoIG Service GmbH

Aktuelle Service-Angebote der DPoIG unter: www.dpolg-service.de oder 07161-964100

Z I T I E R T

Immer wenn man die Meinung der Mehrheit teilt,
ist es Zeit, sich zu besinnen.

Mark TWAIN
(1835 – 1910)

Erscheint in unregelmäßigen
Abständen bei Bedarf.
Nachdruck honorarfrei.
Quellenangaben erbeten.

Die unter Verfassernamen
veröffentlichten Artikel stellen
nicht in jedem Fall auch die
Meinung der DPoIG dar.

Ende DPoIG-Info (DI) Nr. 3-2017